

# Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag auf einen Tagesordnungspunkt

zur Beratung in der Dezernenten-  
beratung am 22.06.2020

von CDU-Fraktion vom \_\_\_\_\_

lfd. Nr.  
StR-Antr-2020-09

Betreff Dämpfung der Corona-Auswirkungen; städtische  
Sofortmaßnahmen

wird behandelt in Stadtrat am \_\_\_\_\_  
Vorlagen-Nr. 2020076

Haushaltsmittel erforderlich

☐ ja ☐ nein

Höhe (geschätzt) \_\_\_\_\_

Deckungsvorschlag \_\_\_\_\_

für Stellungnahme zuständig

20 / D3

Bearbeitungsfrist für Stellungnahme

## Stellungnahme der Verwaltung:

Deckungsvorschlag umsetzbar

☐ ja ☐ nein

Haushaltsmittel in laufendem  
Haushaltsjahr \_\_\_\_\_ vorhanden

☐ ja ☐ nein

Produkt \_\_\_\_\_

Sachkonto \_\_\_\_\_

Untersachkonto \_\_\_\_\_

## STELLUNGNAHME ZUM THEMA "Umfassende Stundungsmöglichkeiten"

In analoger Anwendung des Rundschreibens des Bundesfinanzministeriums vom 19.03.2020 zur Konkretisierung der steuerlichen Maßnahmen zur Berücksichtigung der Auswirkungen des Coronavirus sowie der ergänzend ergangenen gleichlautenden Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder, erfolgt seit März 2020, auf entsprechenden Antrag des Steuerpflichtigen hin, im Bereich der Gewerbesteuer eine zinsfreie Stundung von zunächst 3 Monaten ab ursprünglicher Steuerfälligkeit. Diese Verfahrensweise wurde bei entsprechend von den Auswirkungen des Coronavirus betroffenen Steuerpflichtigen im Bereich der Vergütungssteuer, hier Automatenbesteuerung, ebenso praktiziert.

Die Verfahrensweise lt. BMF-Schreiben soll auf alle Steuerfälligkeiten bis 31.12.2020 angewendet werden. Es ist jedoch nach Lockerung der getroffenen Schutzmaßnahmen ein deutlicher Rückgang an Stundungsanträgen zu verzeichnen.

Auch sollte eine zinsfreie Stundung für 3 Monate ab ursprünglicher Fälligkeit für den Bereich der Grundsteuer sowie Straßenreinigungsgebühren zulässig sein.

#### STELLUNGNAHME ZUM THEMA "Außengastronomie"

Gemäß der Sondernutzungsgebührensatzung sind für Tische und Stühle (Außenbewirtschaftung 1 € pro Monat und angefangenen Quadratmeter zu entrichten. Für die bisher beantragten und genehmigten Sondernutzungen würde sich insgesamt ein Betrag von 1.010 € ergeben.

Grundsätzlich besteht Einigkeit darin, dass die Nutzung der Außenfläche großzügig betrachtet werden soll. Einschränkungen ergeben sich aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht, mithin aus der Gefahrenabwehr.

Sofern mit der begehrten erweiterten Bestuhlung eine Durchgangsbreite von 1,30 m für den Fußgänger-/Radverkehr sowie das Passieren einer Rettungsgasse gewährleistet bleibt, ist die Nutzung der eigentlichen Fläche über die Grundstücksbreite hinaus möglich. Eine störende Beeinträchtigung in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb Dritter muss bei der erweiterten Nutzung ausgeschlossen sein.

siehe Anlage